

Renate Petzinger

Bauinvestitionen und die Arbeitsmarktlage von Architekten

Die Krisenjahre 1974 und 1975 haben unter den Architekten in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltigen Eindruck hinterlassen: Arbeitslosigkeit und der Zwang zur Einschränkung des Lebensstandards wirkten sich erstmalig auch in dieser bisher auf blühende Konjunktur vertrauenden Berufsgruppe aus und nahmen Ausmaße an, die noch vor ein paar Jahren unvorstellbar schienen. Bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg waren zeitweilig 5 000 arbeitslose Architekten gemeldet – bei einer Gesamtzahl von 60 000 bis 65 000 Architekten, darunter knapp 22 000 Selbständigen, 36 000 Angestellten und 6 000 Beamten ein erklecklicher Prozentsatz. Je nachdem, ob man die Arbeitslosenzahlen auf die Gesamtzahl der Architekten oder nur auf die der Angestellten bezieht, kommt man auf eine Arbeitslosenrate von 8 % bzw. 14 %.¹⁾

So weit in dieser Situation von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in der Öffentlichkeit Forderungen mit dem Ziel einer Veränderung der Situation artikuliert wurden, bezogen sie sich bei aller Unterschiedlichkeit häufig auf eine bestimmte Bezugsgröße: auf die Entwicklung der Bauinvestitionen. Wenn wieder mehr gebaut würde, so hießes, gäbe es auch wieder mehr Aufträge für Architekturbüros und mehr Arbeitsplätze für Architekten. In der Tat kann die Entwicklung der Bauinvestitionen mit gewissen Einschränkungen als Indikator für den gesamtgesellschaftlichen Planungs- und Architektenbedarf gelten. Zwar verändert sich die Relation von Investitionshöhe und Planungsaufwand innerhalb eines bestimmten Zeitraums aufgrund der Entwicklung der Arbeitsproduktivität des Bau- und Planungssektors, zwar kommen weitere Modifikationen durch den unterschiedlichen Komplexitätsgrad verschiedener Gebäude herein, bei gegebenem Stand dieser Entwicklung kann jedoch bei einer bestimmten Höhe der Bauinvestitionen – vom Auslandsbau einmal abgesehen – auch auf einen bestimmten Bedarf an Bauplanern geschlossen werden.

Will man sich über die Arbeitsmarktbedingungen von Architekten und darüber hinaus des gesamten am Bau- und Planungsprozeß beteiligten Arbeitskörpers Klarheit verschaffen, so kann als eine Voraussetzung

dafür angesehen werden, sich mit der Entwicklung der Bauinvestitionen auseinanderzusetzen. Zunächst beinhaltet dies die Frage nach dem bisherigen empirischen Verlauf der Bautätigkeit in der BRD seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und einer Einschätzung derjenigen Momente, welche diese Bewegung bestimmt haben. Auf Basis dieser Einschätzung wird zu fragen sein, was sich daraus für die zukünftige Entwicklung schließen läßt.²⁾

1. Bauinvestitionen und Krisenzyklus

Betrachtet man die absolute Entwicklung der Bautätigkeit in der BRD seit 1950, so zeigt sich auf den ersten Blick das Bild eines nahezu stürmischen Wachstums. Im Jahre 1950 wurden 10 Millionen DM verbaut, im Jahre 1975 waren es knapp 130 Millionen DM. Eine Wachstumsrate von 1 200 % also? Etwas anders sieht die Entwicklung aus, wenn man die nicht unberührlichen Baupreissteigerungen – besonders der letzten Jahre vor der Krise 1974/75 – in Rechnung stellt und nicht die nominellen, sondern die realen, d.h. deflationierten Daten betrachtet. Legt man für den gesamten Zeitraum die Preise des Jahres 1970 zugrunde, so reduziert sich das Wachstum der Bauinvestitionen auf eine Rate von 250 % – eine Zahl, die sich schon etwas bescheidener ausnimmt (vgl. Tabelle 1). Aber immer noch kann gesagt werden, daß sich seit dem Jahre 1950 die Bautätigkeit in der BRD ganz beträchtlich gesteigert hat – im Schnitt um 10 % jedes Jahr. Und es ist ganz natürlich, daß der wachsenden Bautätigkeit auch eine wachsende Anzahl bzw. ein wachsender Bedarf an Bauplanern entsprach.

Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, daß das Wachstum der Bauinvestitionen nicht als kontinuierlicher Prozeß verlaufen ist und daß der Rückgang der Bautätigkeit in der Krise 1974/75, der noch in frischer Erinnerung ist, nicht der erste „Betriebsunfall“ dieser Art war. Außer in den Jahren 1967 und 1974/75, in denen sich der Rückgang der Bautätigkeit in negativen Wachstumsraten ausdrückt, kommt es noch in einer Reihe weiterer Jahre zumindest zu relativem Rückgang. Bringt man

diese Bewegung in einen Zusammenhang mit der Entwicklung des Bruttosozialprodukts, so wird deutlich, daß die Bautätigkeit nahezu vollständig der zyklischen Bewegung der Produktion in der Gesamtwirtschaft folgt, daß sie einen Teil dieser Entwicklung bildet. Tiefpunkt der Krise und Beginn des Wiederaufschwungs sind in der Gesamtwirtschaft und bezogen auf die Bauinvestitionen in fast allen Zyklen – aufs Jahr betrachtet – synchron (vgl. Abbildung 1).³⁾

Krisen an sich sind nichts neues in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und sie schlagen sich auch deutlich in einem zyklischen Auf und Ab der Bauinvestitionen nieder. Erst zweimal allerdings hat der Rückgang der Bautätigkeit drastischere Ausmaße genommen und zu negativen Wachstumsraten geführt. Werden diese beiden Fälle – die Krisen der Jahre 1967 und 1974/75 – Ausnahmeerscheinungen bleiben? Wird es in Zukunft wieder zu dauerhafter Stabilität kommen, wie sie von den Vertretern der im Bonner Bundestag vertretenen Parteien so unermüdlich beschworen wird? Ist wenigstens wieder mit einem gemilderten Auf und Ab in der Produktion zu rechnen? Die bisherige Entwicklung läßt darauf keineswegs schließen. Dies wird ganz besonders deutlich, wenn man sich die Tendenz der Wachstumsraten, bezogen auf den jeweiligen Zyklendurchschnitt, im längerfristigen Verlauf ansieht. Für die Gesamtwirtschaft ebenso wie für die Bauinvestitionen läßt sich bei dieser Betrachtungsweise nämlich ein von Zyklus zu Zyklus sinkendes durchschnittliches Wachstum feststellen (vgl. Abbildung 2).⁴⁾

Auf Basis dieser Entwicklung anzunehmen, daß sich der Prozeß der schrittweisen und nur zeitweilig unterbrochenen Wachstumsverlangsamung wieder umkehren werde, daß also in Zukunft wieder mit stärkerer Bautätigkeit zu rechnen sei, entbehrt jeglicher Grundlage. Führt man sich die Bedingungen für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft vor Augen, von der die Bautätigkeit ja abhängt, so ist – auch auf Basis der bisher über das Jahr 1976 veröffentlichten statistischen Daten sowie der für 1977 vorliegenden Prognosen – anzunehmen, daß auch der siebte Zyklus nur

Abb. 1: Bauinvestitionen 1950 - 1975

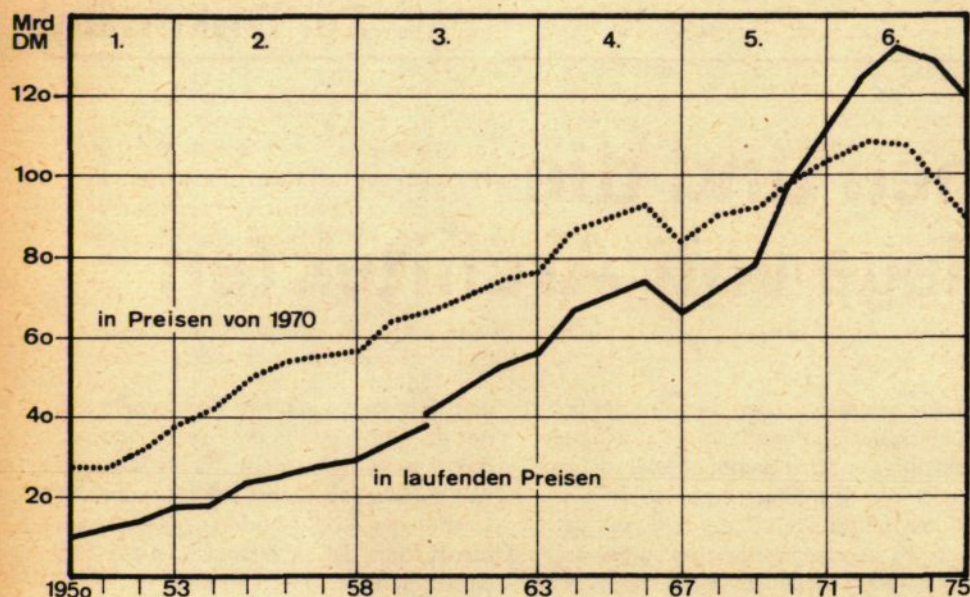


Abb. 2: Baukrisen und Zyklus in der Gesamtwirtschaft

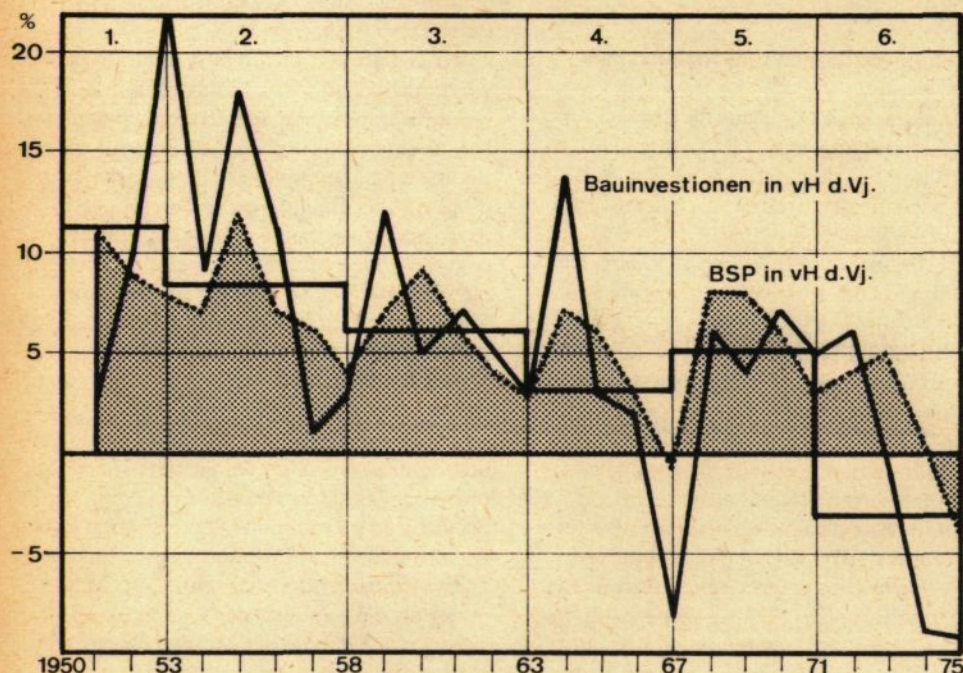


Abb. 3: Struktur der Bauinvestitionen im Zyklusdurchschnitt (%)

1 = gewerblicher Nichtwohnbau; 2 = Wohnungsbau;
3 = öffentlicher Nichtwohnbau; 4 = Tiefbau.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
4	6	9	12	15	16	16
3	17	16	16	17	18	17
2	50	48	42	40	37	40
1	27	27	30	28	29	27

von schwacher Akkumulation geprägt sein wird und für die Bauinvestitionen bereits im Verlaufe dieses Jahres mit einem Rückgang gerechnet werden muß, der 1978, spätestens 1979, in einer erneuten Krise endet. 5) Welche Ausmaße diese Krise in der Gesamtwirtschaft und in der Bauwirtschaft annehmen wird, ist nicht mit Sicherheit vorherzusagen — es ist aber davon auszugehen, daß es im Durchschnitt des siebten Zyklus nicht zu exorbitanten Steigerungen der Bauinvestitionen kommen wird, sondern diese wahrscheinlich unter dem Durchschnitt des vierten Zyklus bleiben.

Im Verlauf der letzten Krise ist nun von seiten der IG Bau Steine Erden wiederholt die Forderung erhoben worden, in einer solchen Situation sei es Aufgabe des Staates, durch verstärkte Investitionstätigkeit die Krisenerscheinungen zu mildern und Arbeitsplätze zu schaffen. 6) Der Nutzen, so wurde argumentiert, sei sogar ein doppelter: Neben dem unmittelbaren Effekt der Beschaffung von Arbeitsplätzen werde auch das Defizit an staatlichen Infrastrukturbauten — Schulen, Krankenhäuser und Sozial-einrichtungen — verringert und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit eben diesen Infrastruktureinrichtungen erreicht. Daneben wurde auch die Forderung nach einer Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus erhoben — der Staat sollte zwar hier nicht selbst als Bauherr auftreten, jedoch bestimmte Finanzierungshilfen geben. Wir wollen versuchen, die Möglichkeiten und Grenzen einer antizyklischen Bauinvestitionspolitik in bezug auf unmittelbar staatliche Bauinvestitionen ebenso wie in bezug auf den Wohnungsbau genauer einzuschätzen.

Betrachtet man die respektiven Anteile des gewerblichen Nichtwohnbau, des Wohnungsbau und des öffentlichen Hoch- und Tiefbau am gesamten Bauinvestitionsvolumen 7) und untersucht, wie sich diese Anteile im Laufe der Zeit verschoben haben, so zeigt sich folgendes Bild:

Im Durchschnitt des ersten Nachkriegszyklus liegt der Schwerpunkt der Bauinvestitionen im Wohnungsbau (vgl. Abbildung 3). Bereits im zweiten Zyklus verringert sich jedoch der Anteil der Wohnungsbautätigkeit an den gesamten Bauinvestitionen und der gewerbliche Bau ebenso wie der öffentliche Bau treten stärker in den Vordergrund. Bis zum dritten Zyklus hat der gewerbliche Bau noch den zweitgrößten Anteil an den Bauinvestitionen, während in den ersten drei Zyklen im öffentlichen Hochbau eine eher abnehmende Tendenz festzustellen ist. Im vierten Zyklus kehrt sich das Verhältnis zwischen gewerblichem und öffentlichem Bau um: während der Anteil des gewerblichen Baus, der im Durchschnitt des dritten Zyklus auf 30 % angestiegen war, um 2 % sinkt, gibt es im öffentlichen Bau Zuwachsraten, die zu einer weiteren Steigerung des relativen An-

teils der öffentlichen Bauinvestitionen führen. Auch im fünften Zyklus hält die Tendenz zur Steigerung der öffentlichen Hochbauinvestitionen noch an — Schulbau- und Hochschulbauprogramme und deren bauliche Realisierung fallen in diese Zeit. Der Anteil des öffentlichen Hochbaus an den gesamten Bauinvestitionen liegt im fünften Zyklus mit knapp 18 % nunmehr geringfügig höher, als im ersten Zyklus. Im sechsten Zyklus setzt allerdings bereits wieder ein gegenläufiger Prozeß ein. Während der Anteil des öffentlichen Tiefbaus, der in den ersten drei Zyklen nahezu sprunghaft gestiegen war, fast konstant bleibt, geht der Anteil des öffentlichen Hochbaus wieder zurück.

Als Ergebnis dieser Betrachtung kann bereits festgehalten werden, daß die „antizyklische Manövriermasse“ der öffentlichen Hand allenfalls im Tiefbau gestiegen ist, im Hochbau sich allerdings anteilmäßig recht wenig geändert hat. Von möglichen gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekten einmal abgesehen, stellt sich vielmehr der staatliche Spielraum für eine unmittelbare Beschaffung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe als relativ eng dar — besonders, wenn man berücksichtigt, daß im Hochbau und im Tiefbau völlig andere Qualifikationen erforderlich sind, der relative Anstieg des Tiefbaus also für unsere Betrachtung der Arbeitsmarktperspektive von Hochbauplanern wenig Bedeutung hat. Nun zur Entwicklung im einzelnen.

2. Der gewerbliche Nichtwohnbau

Vom ersten bis zum fünften Zyklus folgen die Zuwachsraten des gewerblichen Nichtwohnbau mit großer Regelmäßigkeit den Zyklen in der Gesamtwirtschaft.

Die Entwicklung des sechsten Zyklus scheint hingegen untypisch: weder im Jahre 1972 noch 1973 gibt es einen Anstieg der gewerblichen Nichtwohnbauinvestitionen, sondern die Wachstumsraten weisen durchgehend nach unten. Wie ist diese Bewegung zu erklären? Hat die zyklische Entwicklung, die sich in den Jahren zuvor so deutlich ablesen ließ, plötzlich aufgehört? Um für diese Frage eine Antwort zu finden, müssen wir uns die Struktur der gewerblichen Nichtwohnbauinvestitionen näher ansehen und die einzelnen Auftraggeber betrachten, die unter dieser Rubrik subsumiert sind. Hierzu gehören:

- die Privatunternehmen des Sektors Land- und Forstwirtschaft
- die Privatunternehmen des Sektors Bergbau und Energie (einschließlich Staatskapital)
- die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes
- die Bauunternehmen
- die Unternehmen des Handels
- die Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes, soweit nicht in öf-

fentlicher Regie

- die privaten Unternehmen, die in der Statistik unter dem Begriff „sonstige Dienstleistungen“ zusammengefaßt werden (private Unternehmen der Vermögensverwaltung, des Gaststättengewerbes, des Gesundheitswesens, etc.).
- Es handelt sich bei den gewerblichen Bauinvestitionen der benannten Auftraggeber um zwei verschiedene Formen der Verwertung des in den Gebäuden angelegten Kapitals: Bei einem Teil der Auftraggeber, die die Gebäude selbst als Hülle für produktive Tätigkeiten nutzen, bilden die Bauinvestitionen einen Teil ihres Akkumulationsfonds, nehmen die Form von konstantem Kapital an. 8) Ein anderer Teil der Auftraggeber, zu denen insbesondere ein Teil der Unternehmen des Bereichs „sonstige Dienstleistungen“ gehört, nutzt die von ihm in Auftrag gegebenen Gebäude nicht selber produktiv, sondern vermietet sie an andere Benutzer als gewerblichen Mietraum. Für diese Auftraggeber bilden die Bauten einen Teil des Warenkapitals, der stückweis verkauft, d.h. vermietet wird.

Betrachtet man die quantitativen Relationen der verschiedenen gewerblichen Bauinvestitionen, so zeigt sich im Verlauf der sechs Zyklen eine bedeutsame Verschiebung. Die Bauinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes, anfangs mehr als die Hälfte der gesamten gewerblichen Bauinvestitionen, sind auf weniger als ein Viertel gesunken. Relative Abnahme findet auch in der Land- und Forstwirtschaft, im Energiesektor, im Handel und im Kreditbereich statt. Einen geringfügigen Zuwachs gibt es im Baugewerbe: hier macht sich die langsam

einsetzende Industrialisierung dieses Wirtschaftszweiges geltend. Insgesamt handelt es sich aber um eine verschwindende Größe, die zwischen 1 und 2 % aller gewerblichen Bauinvestitionen schwankt. Eine exorbitante Zunahme läßt sich dagegen im Bereich der Bauinvestitionen der Unternehmen des Dienstleistungssektors feststellen. Betrug ihr Anteil an allen gewerblichen Bauinvestitionen im Durchschnitt des ersten Zyklus kaum mehr als ein Zehntel, ist er im Durchschnitt des sechsten auf über die Hälfte angestiegen. Da wir aber davon ausgehen können, daß ein großer Teil dieser Bauinvestitionen vermietet wird, d.h. von den Unternehmen der Gruppe „Vermögensverwaltung“ in Auftrag gegeben wird, bedeutet diese Entwicklung zugleich eine Umkehrung des Verhältnisses von Bauinvestitionen, die der unmittelbaren Akkumulation dienen und Bauinvestitionen, die der Vermietung dienen.

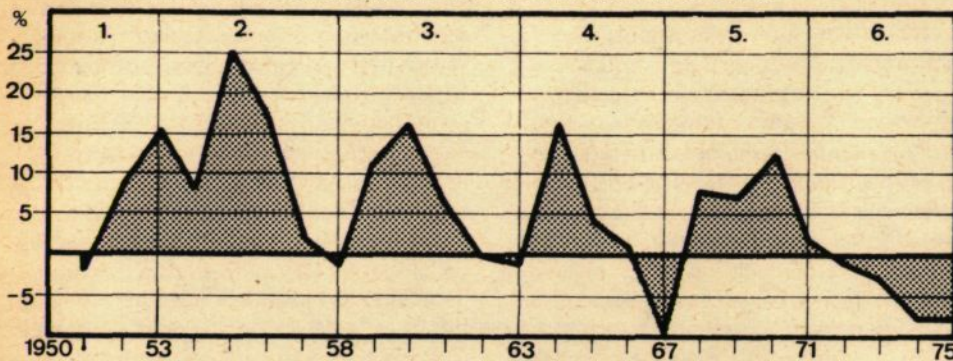
Damit wird deutlich, welche Erklärung sich für die Entwicklung der Bauinvestitionen des gewerblichen Sektors im sechsten Zyklus finden läßt: Der erneute Akkumulationsstoß zu Beginn des fünften Zyklus, führt gegen Ende des Zyklus, etwa ab 1970, zu einer Erhöhung des auf dem Markt verfügbaren und Anlage suchenden Geldkapitals. Da dieses Geldkapital nicht reakkumuliert werden kann, weil die Verwertungsbedingungen hierfür nicht mehr günstig genug sind, fließt es in die Kreditinstitute und steht als Realkredit (langfristiger Kredit für Bauinvestitionen) zur Verfügung. Es ist dies der Beginn jener Spekulationswelle in „Betongold“, die ein paar Jahre später, als die ersten Büro- und sonstigen „Center“s vor

Tabelle 1: Entwicklung der Bauinvestitionen 1950 — 1975

Jahr/ Zyklus	Alle Wirtschaftsbereiche			Gewerbliche Bauinvestitionen im Nichtwohnbau		Wohnungsbauinvestitionen		Öffentliche Bauinvestitionen im Nichtwohnbau	
	in laufenden Preisen	in Preisen von 1970	v.H. g. Vj.	in Preisen von 1970	v.H. g. Vj.	in Preisen von 1970	v.H. g. Vj.	in Preisen von 1970	v.H. g. Vj.
	Mio DM	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
1950	10 110	27 783		7 771		13 214		6 798	
1951	11 930	28 484	2,5	7 585	2,4	14 204	7,5	6 695	- 1,5
1952	14 040	31 309	9,9	8 276	9,1	15 951	12,3	7 082	5,8
1953	16 660	38 149	21,8	9 530	15,1	19 584	22,8	9 035	27,5
1954	18 210	41 601	9,0	10 299	8,1	21 078	7,6	10 224	13,1
1955	22 570	48 903	17,6	12 878	25,0	23 600	12,2	12 365	20,9
1956	25 710	54 167	10,8	15 112	17,3	25 186	6,4	13 869	12,2
1957	27 000	54 887	1,3	15 442	2,2	25 531	1,4	13 914	0,3
1958	28 940	56 440	2,8	15 432	0,1	26 853	5,2	14 155	1,7
1959	34 050	62 934	11,5	17 157	11,2	28 976	7,9	16 801	18,7
1960	37 970/40 120	65 812	4,6	19 974	16,4	27 951	3,5	17 887	6,5
1961	45 750	70 115	6,5	21 214	6,2	29 405	5,2	19 496	9,0
1962	51 880	73 741	5,2	21 269	0,3	30 428	3,5	22 044	13,1
1963	56 000	75 639	2,6	21 007	- 1,2	30 457	0,1	24 175	9,7
1964	66 240	86 390	14,2	24 384	16,1	33 764	10,9	28 242	16,8
1965	70 240	89 224	3,3	25 272	3,6	35 410	4,9	28 542	1,1
1966	73 690	91 170	2,2	25 542	1,1	36 151	2,1	29 477	3,3
1967	66 410	83 892	- 8,0	22 861	- 10,5	34 372	4,9	26 659	- 9,5
1968	71 910	88 806	5,9	24 661	7,9	34 965	1,7	29 180	9,5
1969	79 300	92 077	3,7	26 476	7,4	34 728	- 0,7	30 873	5,8
1970	98 180	98 180	6,6	29 672	12,1	34 550	- 0,5	33 958	10,0
1971	112 020	102 578	4,5	30 236	1,9	38 494	11,4	33 848	- 0,3
1972	124 920	108 557	5,8	29 858	- 1,3	44 099	14,6	34 600	2,2
1973	132 130	107 817	- 0,7	28 999	3,2	44 396	0,7	34 522	- 0,2
1974	129 140	98 546	- 8,6	26 475	- 8,4	37 160	- 16,3	34 911	1,1
1975	119 490	89 396	- 9,3	24 416	8,0	35 215	- 5,8	29 765	- 14,7
Zykeldurchschnitte									
1			11,4		7,3		14,2		10,6
2			8,3		10,5		6,6		9,6
3			6,1		6,6		2,6		11,4
4			2,9		2,6		3,3		2,9
5			5,2		7,3		3,0		6,3
6			- 3,2		- 5,2		- 1,7		- 2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie N, verschiedene Jahrgänge; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 41, Bernd Gorzig und Wolfgang Kirner, „Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin (West) 1976, eigene Berechnungen.

Abb. 4: Gewerbliche Bauinvestitionen (Nichtwohnbau) in Preisen von 1970 in %

Tabelle 2: Struktur der gewerblichen Bauinvestitionen im Zyklus (vH)
(Mio DM in Preisen von 1970)

Zyklus	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Land- und Forstwirtschaft	9,7	8,9	0,5	8,8	6,2	4,0
Energie und Bergbau	3,7	4,1	2,0	1,4	0,3	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	53,6	45,2	38,0	32,4	30,8	23,9
Baugewerbe	1,1	1,9	2,7	2,1	2,1	1,0
Handel	12,0	19,3	18,3	16,4	14,7	12,9
Kredit	8,2	6,7	4,0	5,0	5,1	5,5
Sonstige Dienstleistungen	11,6	14,1	22,0	34,2	40,8	51,5

Abb. 5: Wohnungsbauinvestitionen in Preisen von 1970 in % d. Vj.

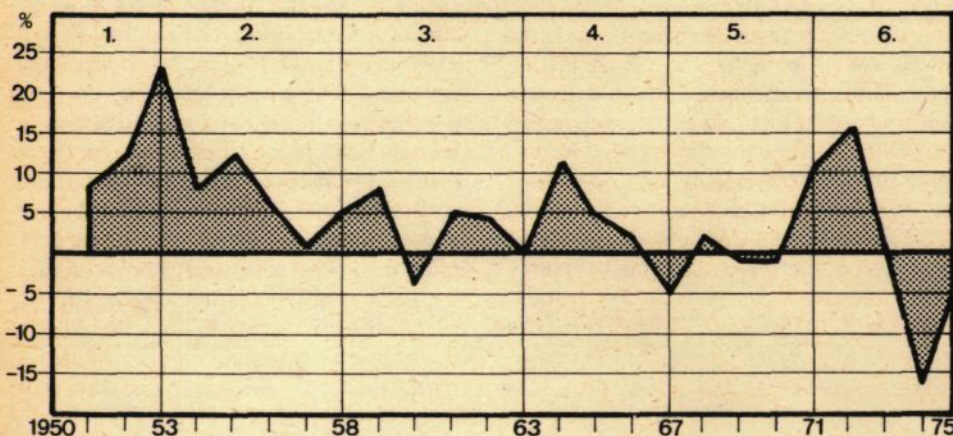


Tabelle 3: Struktur der Auftraggeber im Wohnungsbau* im Zyklendurchschnitt.

Zyklus		1.	2.	3.	4.	5.
Unternehmen	—	4,0	5,8	5,0	6,7	7,9
Freie Wohnungsunternehmen	—	3,9	4,3	5,7	9,0	12,6
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	—	26,7	22,4	21,5	16,5	13,9
Gebietskörperschaften	—	2,0	2,0	2,0	2,0	1,0
Private Haushalte	—	64,0	67,0	64,5	65,8	64,3
Sozialer Wohnungsbau	—	52,2	43,7	35,5	23,1	15,7
Steuerbegünstigter und freifinanzierter Wohnungsbau	—	47,8	56,3	64,5	76,9	84,3

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie E, Reihe 3, Verschiedene Jahrgänge.

*) Die Struktur bezieht sich nicht, wie beim gewerblichen Nichtwohnbau, auf Bauinvestitionen, sondern auf veranschlagte Baukosten der Baufertigung. Die Struktur des sozialen/freien Wohnungsbaus bezieht sich auf qm Bruttowohnfläche der Baufertigstellungen.

der Pleite stehen, durch alle Zeitungen gesteuert. Durch den spekulativen Boom der gewerblichen Mieträume, welcher 1970 einsetzt und bis 1972 andauert, 9) wird der Rückgang derjenigen Bauinvestitionen, welche aus dem Akkumulationsfonds gezahlt werden, kompensiert. Ohne diese Kompensation hätte sich für die gewerblichen Bauinvestitionen im sechsten Zyklus ein ganz anderes Bild ergeben: der Rückgang in den Jahren 1970 und auch noch 1972 wäre wesentlich stärker ausgeprägt gewesen, es hätte 1973 wieder einen — zumindest relativ — Aufschwung gegeben und erst 1974 wieder hätte der Abschwung eingesetzt. 10)

Was bedeutet dies für die zu erwartende Entwicklung im siebten Zyklus? Der Stachel der Akkumulation ist nicht mehr spitz genug, das hat sich bereits gezeigt. Insofern ist von einer Neuanlage von konstantem fixen Kapital im großen Stil, welches sich auch in den Bauinvestitionen auswirken würde, keine Rede. Aber auch für den anderen Teil der gewerblichen Bauinvestitionen, den gewerblichen Mietbau, ist nicht viel zu erwarten: das Geldkapital in dem Umfang, wie es in den Jahren 1970 und 1971 zur Verfügung stand, fließt heute, soweit vorhanden, in andere Kanäle. Die Folge wird sein, daß der Gesamtanteil des gewerblichen Baus im siebten Zyklus weiter sinkt.

3. Der Wohnungsbau

Der größte Teil des Wohnungsbaus wird von privaten Haushalten zum Zwecke der eigenen Nutzung in Auftrag gegeben. Ihr Anteil an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen liegt mit Ausnahme des dritten Zyklus — in dem eine leichte Steigerung zu verzeichnen ist — nahezu konstant bei 64 bis 65 %. 11) Ebenfalls nahezu konstant verhalten sich die Bauinvestitionen, die der Staat (die Gebietskörperschaften) unmittelbar im Wohnungsbau in Auftrag gibt. Sein Anteil liegt bei 2 %. Dagegen unterliegen die gewerblichen Wohnungsbauinvestitionen, die allein dem Zwecke der Vermietung dienen, strukturellen Veränderungen von erheblichem Ausmaß. Wenngleich der Gesamtanteil des Mietwohnungsbaus konstant um die 33 % schwankt, verändern sich die Relationen zwischen den einzelnen Auftraggebern. Der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, der im Durchschnitt des zweiten Zyklus noch 27 % betrug, sinkt bis zum sechsten Zyklus auf fast die Hälfte. Dagegen engagieren sich in zunehmendem Maße gewerbliche Unternehmen und sogenannte Freie Wohnungsunternehmen in diesem Sektor. Der Hintergrund dieser Entwicklung wird deutlich, wenn wir die Finanzierungsbedingungen des Wohnungsbaus betrachten.

Die Finanzierungsmittel für den Wohnungsbau lassen sich in drei große Gruppen einteilen:

- die Kapitalmarktmittel, die über die Realkreditinstitute beschafft werden,
- die Mittel der öffentlichen Hand,
- die Eigenmittel der Auftraggeber einschließlich der Kredite durch Kapitalgeber, die nicht den Realkreditinstituten zuzurechnen sind.

Im Laufe der vergangenen sechs Zyklen haben sich die Anteile dieser Finanzierungsmittel ganz erheblich verschoben. In den Jahren des ersten industriellen Zyklus lag der Anteil der Auszahlungen durch die öffentliche Hand noch äußerst hoch, nämlich zwischen 40 % und 50 % der gesamten Wohnungsbauinvestitionen. Mit dem Beginn des zweiten Zyklus erhöht sich zum erstenmal der Anteil der Kapitalmarktmittel, welche durch die Realkreditinstitute bereit gestellt werden können. Diese Mittel – Ausdruck der steigenden Akkumulationstätigkeit des westdeutschen Kapitals – werden auch in Anspruch genommen und der Anteil der öffentlichen Darlehen geht auf 25-30 % der Finanzierungsmittel zurück. Diese Entwicklung setzt sich im dritten und vierten Zyklus weiter fort und nimmt im fünften Zyklus noch einmal sprunghafte Ausmaße an. Die öffentlichen Auszahlungen sind nunmehr auf 7 % geschrumpft, der Kapitalmarkt finanziert 60-70 % der Wohnungsbauinvestitionen. 12)

Es war in den ersten beiden Nachkriegszyklen unmöglich, die Wohnungsversorgung ohne öffentliche Subventionierung zu gewährleisten; das System dieser öffentlichen Subventionierung war jedoch von vornherein darauf ausgelegt, so bald als möglich, d.h. sobald die Wohnungsproduktion einerseits unmittelbar durch den Kapitalmarkt gesichert werden konnte, andererseits zumindest von Teilen der Lohnabhängigen höhere Mieten verlangt werden konnten, die öffentliche Subventionstätigkeit einzuschränken. Mit dem ersten Wohnungsbaugesetz aus dem Jahre 1950, welches die bis dato verstreuten Subventionschritte der Länder zu einem einheitlichen Subventionssystem zusammenfaßt, wird der Wohnungsbau in drei Arten unterteilt:

- der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau,
- der steuerbegünstigte Wohnungsbau,
- der freifinanzierte Wohnungsbau.

Innerhalb der gesamten Subventionierungsprogramme der öffentlichen Hand erhält der soziale Wohnungsbau, der insbesondere sozialpolitischen Forderungen genügen soll (Maximalgröße der Wohnungen, Richtsatzmieten und Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis mit fixiertem Jahreshöchstesinkommen), den Vorrang, indem hierfür zinsverbilligte oder zinslose öffentliche Darlehen bereitgestellt werden. Ist im ersten Zyklus der Umfang der unmittelbaren öffentlichen Darlehen noch recht groß – und dementsprechend auch der Anteil des sozialen Wohnungsbaus, der mehr

als die Hälfte des gesamten Wohnungsbaus ausmacht –, so wird bereits im zweiten Zyklus die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung und damit auch der Umfang des sozialen Wohnungsbaus reduziert. Gleichzeitig kündigt sich im zweiten industriellen Zyklus mit der Verabschiedung des 2. Wohnungsbaugesetzes im Jahre 1956 eine neue Tendenz an: der soziale Wohnungsbau soll nun nicht mehr ausschließlich aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, sondern für seine Finanzierung wird zur Mischsubvention übergegangen. Gleichzeitig beinhaltet das 2. Wohnungsbaugesetz neue Förderbestimmungen für den steuerbegünstigten Wohnungsbau. Im dritten Zyklus hat dies eine erhebliche Ausweitung des steuerbegünstigten und des freifinanzierten Wohnungsbaus zur Folge, eine Entwicklung, welche durch das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft weiter befördert wird (Lückeplan 1960). Der soziale Wohnungsbau geht hingegen drastisch zurück – dies ist einer der Hauptgründe für den Einbruch im Jahre 1960, der sich in Abbildung 5 feststellen läßt. Im Durchschnitt des dritten Zyklus sinkt sein Anteil auf knapp 44 %, im sechsten Zyklus sind es nurmehr 16 %. Ein neues Verfahren der Subventionierung bewirkt den völligen Rückzug unmittelbarer öffentlicher Darlehen aus dem sozialen Wohnungsbau. Bezuschußt werden jetzt nur noch die Zinsen, die auf dem Kapitalmarkt zu zahlen wären.

Es wird hier deutlich, in welchem begrenztem Rahmen die öffentliche Hand gegenwärtig im Wohnungsbau Einfluß ausübt. Wir können an dieser Stelle bereits eine Teilantwort auf unsere eingangs gestellte Frage nach den Bedingungen staatlicher antizyklischer Investitionspolitik im Bausektor geben: Um im Wohnungsbau wirksam zu werden, müßte zunächst einmal die gesamte Wohnungspolitik der letzten Jahre vollständig umgekrempelt werden, müßte wieder auf das System unmittelbarer öffentlicher Finanzierung und evtl. auch Verwaltung übergegangen werden. Damit wäre aber klar, daß eine solche Politik einen Abzug aus anderen Haushaltsmitteln in einem Umfang bedeutete, der unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in der Bun-

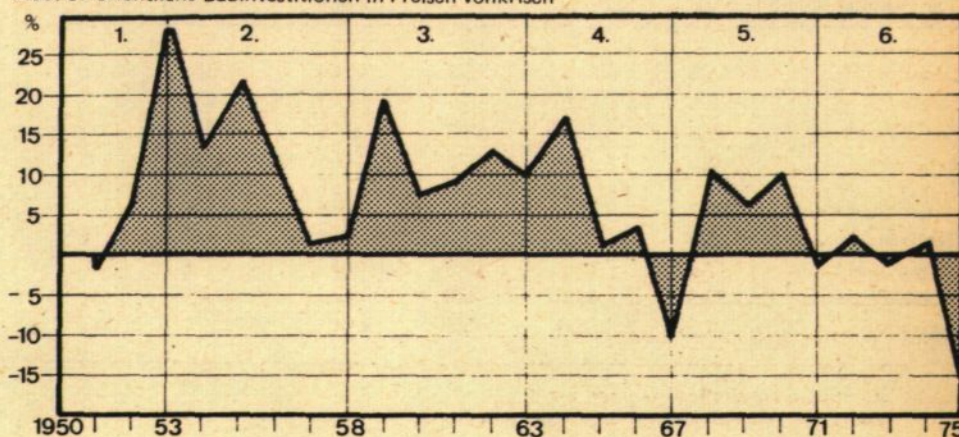
desrepublik kaum durchzusetzen ist. Vielmehr steht zu erwarten, daß der soziale Wohnungsbau weiter reduziert wird, versehen mit ein paar Schönheitspfälsterchen der Altbaumodernisierung.

4. Der öffentlich finanzierte Nichtwohnungsbau und der Tiefbau

Die öffentliche Investitionspolitik im Hinblick auf Bauten zeichnet sich zunächst einmal durch ebenso regelmäßiges Auf und Ab im Zyklus aus, wie wir es zuvor beim gewerblichen Nichtwohnungsbau und beim Wohnungsbau sehen konnten. Im ersten und im zweiten Zyklus liegen die durchschnittlichen Zuwachsraten bereits relativ hoch, sie steigen im dritten Zyklus aber noch weiter an. Diese Entwicklung, in der sich der aufgrund der raschen Akkumulation in der Privatwirtschaft gestiegene staatliche Spielraum für Bauinvestitionen ausdrückt, verläuft anders als im gewerblichen Bau und im Wohnungsbau: dort hatten wir in beiden Fällen im dritten Zyklus bereits einen Rückgang der Bauinvestitionen festgestellt. Wir wissen aber bereits, daß dieser Zuwachs fast ausschließlich auf das Konto des Tiefbaus geht, wogegen der Hochbau nur mäßige Entwicklung zeigt. Wie abhängig die öffentlichen Bauinvestitionen – auch im Tiefbau – indes von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft sind, wird deutlich im vierten Zyklus, in dem nach einem nurmehr kurzen Aufschwung bereits 1965 der Rückgang beginnt und ebenso ausgeprägt ist, wie im gewerblichen Bau. Im fünften Zyklus partizipiert der Staatshaushalt und damit die Entwicklung der Bauinvestitionen noch einmal an der erneuten allgemeinen Prosperität. Im sechsten Zyklus spiegelt sich schließlich die schwache Akkumulationskraft des westdeutschen Kapitals auch in dem geringen Aufschwung wieder, den die öffentlichen Bauinvestitionen nehmen. Der eigentliche Rückgang beginnt zwar später als in den übrigen Baubereichen, ist aber wiederum – wie bereits 1967 – genauso ausgeprägt wie bei den gewerblichen Auftraggebern.

Es kann also festgestellt werden: die

Abb. 6: Öffentliche Bauinvestitionen in Preisen von 1950



Behauptung von der antizyklischen Investitionspolitik der öffentlichen Hand ist durch das hier vorliegende Zyklenmaterial nicht zu belegen. Aber: der Anteil der öffentlichen Bauinvestitionen an den gesamten Bauinvestitionen hatte sich erhöht, wie wir eingangs gesehen haben. Auch wenn diese Erhöhung fast ausschließlich auf einer Ausweitung des Tiefbaus beruht: bietet sich nicht doch ein Keim für die Erfüllung von in der Krise erhobenen gewerkschaftlichen Forderungen nach erweitertem Ausbau von Einrichtungen des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens?

Immerhin läßt sich feststellen, daß sich bei denjenigen Auftraggebern, deren Bauinvestitionen wir unter die Rubrik „öffentlich“ gefaßt haben:

- private Organisationen ohne Erwerbscharakter (hauptsächlich die Kirchen, deren Einkommen in der BRD per Kirchensteuer durch den Staat vermittelt ist)
- öffentliche Energieunternehmen, die nicht nach Profitmaßstäben arbeiten,
- Bundesbahn, Bundespost und einige Unternehmen des Dienstleistungsbereichs, wie Rundfunk- und Fernsehanstalten, die ebenfalls nicht nach Profitmaßstäben arbeiten
- die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung)

im Verlauf der sechs Nachkriegszyklen ganz erhebliche Verschiebungen ergeben habe, und zwar zugunsten der Gebietskörperschaften, deren Anteil an allen öffentlichen Bauinvestitionen sich von 59 % auf 71 % erhöht hat. Entsprechend ist bei allen anderen Auftraggebern ein abnehmender Anteil festzustellen, mit Ausnahme erneuten Anstiegs der im Sektor Verkehr und Nachrichten zusammengefaßten Un-

ternehmen im 5. und im 6. Zyklus — Ausdruck des beschleunigten Ausbaus des Kommunikationssystems.

Betrachtet man daher die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften für sich, so zeigt sich zunächst einmal, daß hier der Bund ganz kräftig in die Tasche gegriffen hat: Zwar bestreiten die Gemeinden den Löwenanteil der Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften, dieser Anteil ist mit ca. 60 % jedoch über alle Zyklen nahezu konstant. Eine Abnahme des relativen Anteils gibt es dagegen bei den Ländern, eine Zunahme von 12 % auf 22 % beim Bund.

Was verbirgt sich nun stofflich hinter diesen gestiegenen Bauinvestitionen des Bundes? Wenn man die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften nach Funktionsbereichen aufschlüsselt, wird dies deutlich: Wenngleich in fast allen Bereichen aufgrund der absoluten Steigerung der Bauinvestitionen Zuwächse zu verzeichnen waren, hat sich doch das relative Gewicht der verschiedenen Sektoren verschoben. Für Unterricht und Kultur wurden im ersten Zyklus noch 23 % aller Bauausgaben bereitgestellt, im 5. Zyklus waren es nur noch 19 %. Eine noch stärkere relative Schrumpfung machte der Bereich Gesundheit und Soziales durch: sein Anteil sank von 14 % auf 7 %. Auch mit sich selber scheint Vater Staat sparsamer, als gemeinhin angenommen wird: der Anteil der Verwaltungsbauten sank von 12,2 % auf 4 %. Erweitert hat sich, wie wir bereits festgestellt hatten, allein der Anteil derjenigen Bauinvestitionen, die nicht zum Hochbau, sondern zum Tiefbau gehören: der Bau von Straßen, Wasserstraßen und kommunalen Tiefbauinvestitionen wie dem Kanalisationsnetz. Nicht in erster Linie, damit der Bundesbürger sein liebstes Kind, das Auto, sonntags

spazierenfahren kann, sondern zum Zwecke der Bereitstellung von Verkehrsverbindungen für den Personentransport zur Arbeitsstätte und für den gewerblichen Güterverkehr wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein Straßenverkehrsnetz errichtet, welches in Europa seinesgleichen sucht. Der Anteil der Bauinvestitionen im Straßen- und Wasserstraßenbau stieg von 34 % im Durchschnitt des ersten Zyklus auf 54 % im Durchschnitt des fünften Zyklus, macht heute also mehr als die Hälfte aller Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften aus! Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Bauinvestitionen des Bundes zu 95 % im Straßen- und Wasserstraßenbau liegen, wird auch deutlich, weshalb sich deren Anteil vergrößert hat: dies Faktum ist ausschließlich auf den Ausbau des Bundesverkehrsnetzes zurückzuführen. Damit ist aber zugleich klar, weshalb eine antizyklische Investitionspolitik — die, wenn überhaupt, vom Bund getragen sein müßte, der anders als die Gemeinden, nicht von den Gewerbesteuererträgen abhängig ist, sondern längerfristig planen kann — gerade in den Bereichen, für die sie immer wieder gefordert wird, nämlich für den Ausbau von Gesundheits- und Sozialbauten, für eine bessere Versorgung im Schulwesen, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf hohen Widerstand stößt: Diese Sektoren werden von den Gemeinden bearbeitet, sie sind die Auftraggeber für evtl. Baumaßnahmen. Und gerade ihr Anteil ist nur minimal gestiegen: im ersten Zyklus betrugen die Bauinvestitionen der Bereiche Unterricht, Kultur, Gesundheit und Soziales zusammengekommen 5 % aller Bauinvestitionen, im fünften Zyklus, in dem die BRD als reichste Nation von ihren Nachbarstaaten betrachtet wird, werden für diesen Sektor ganze 6 % aller Bauinvestitionen, 19 % der Bauinvestitionen des Staates, veranschlagt. Ähnlich wie beim sozialen Wohnungsbau wird mithin deutlich: eine Steigerung in diesem Bereich erscheint zwar von der Nachfrage her, d.h. vom gesellschaftlichen Bedarf, mehr als gerechtfertigt — um sie durchzusetzen, bedarf es allerdings nicht geringer Anstrengungen. Um nur ein Beispiel zu nehmen: da die Gemeinden von sich aus zu antizyklischer Investitionspolitik nicht in der Lage sind, vielmehr angesichts ihrer Verschuldung eher mit weiterem Sinken der Bauinvestitionen zu rechnen ist, müßte angegeben werden, in welcher Weise hier Transferzahlungen des Bundes einzusetzen sind, wo diese abgezweigt werden und wie für ihren Einsatz in eben den geforderten Bereichen Sorge zu tragen ist. Doch selbst die Lösung derartiger Probleme einmal unterstellt: die Grenzen auch eines solchen „arbeitnehmerorientierten Keynesianismus“ liegen dort, wo die gesamtwirtschaftliche Entwicklung diesen Spielraum noch weiter einschränkt — wo also das System

Tabelle 4: Struktur des öffentlichen Baus im Zyklendurchschnitt (v.H.).
(Mio DM in Preisen von 1970 bzw. v. 1962)

Zyklus	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Gebietskörperschaften	58,9	61,8	69,8	73,9	72,8	71,1
Energiesektor	16,5	15,5	9,4	7,5	6,3	7,2
Verkehr/Nachr.	16,1	13,5	11,5	9,6	12,2	13,0
OoE	8,5	9,2	9,4	9,0	9,7	8,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Gebietskörperschaften	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Darunter:						
Bund	11,6	14,8	18,8	19,8	22,1	
Länder	25,5	19,5	18,4	17,3	16,7	
Gemeinden	59,8	63,3	61,3	61,8	60,5	
Sozialvers.	3,0	2,4	1,6	1,1	0,9	
Unterricht, Kultur	23,3	22,5	19,9	19,8	18,6	
Gesundh./Soziales	13,7	10,2	8,5	8,0	7,0	
Kommunale Einricht.	17,0	18,6	19,9	18,9	17,0	
Straßen/Wasserstr.	33,9	40,8	46,3	49,3	53,8	
Verwaltung	12,2	8,0	5,5	4,1	3,7	

Quelle: Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, a.a.O.;
Bernd Bartholmai, unveröffentlichtes Manuskript;
eigene Berechnungen.

selbst auf grundlegendere Umgestaltungen der ökonomischen und politischen Verhältnisse verweist.

- 1) Hans-Joachim Braczyk, Bernd Cronjaeger, Ellen Nausester, Renate Petzinger, Rüdiger Seltz, Berufsperspektive von Bauplanern, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1976, Teil I, S. 46 und S. 48.
- 2) Die folgende Einschätzung der Entwicklung der Bauinvestitionen in der BRD und die Schlüsse, die daraus für die Arbeitsmarktperspektive von Bauplanern zu ziehen sind, stellt eine zusammengefaßte Auswahl bestimmter Teilergebnisse einer Forschungsarbeit im Auftrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft dar, die als Branchenanalyse der Bauwirtschaft Vorarbeiten zu der in FN 1 zitierten empirischen Befragung „Berufsperspektive von Bauplanern“ beinhaltet. Vgl. Bernd Cronjaeger, Gabriele Hübener, Ellen Nausester, Renate Petzinger, Branchenanalyse der Bauwirtschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1975.
- 3) Bezogen auf Jahreszahlen, erscheint das Ende des ersten Zyklus in der BRD erst im Jahre 1954. Eine genauere Untersuchung des Index der Industrieproduktion als sensibelstem Indikator für wirtschaftliches Wachstum nach Vierteljahreszahlen verweist allerdings darauf, daß dieser bereits 1954 wieder deutlich ansteigt, bei gesamtgesellschaftlich minimalem Unterschied zwischen den beiden Jahren kann also 1954 bereits als Jahr des Beginns des zweiten Zyklus betrachtet werden. Vgl. auch: Projekt Klassenanalyse, Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950-1975, Westberlin 1976, S. 315, FN 5.
- 4) Vgl. a.a.O., 5. Abschnitt, S. 207 ff.
- 5) Vgl. a.a.O., S. 312 ff.
- 6) Vgl. z.B.: „Es ist höchste Zeit, die Bauwirtschaft anzukurbeln“, in: *Der Grundstein*, Zeitschrift der IG Bau Steine Erden, 15. September 1975, S. 3 f.
- 7) Diese Untersuchung basiert auf einer Umgruppierung von Daten des DIW, Berlin. Vgl. Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 41/1976, Berlin 1976.
- 8) Von Verwaltungsbauten, die noch einmal besonders einzuschätzen sind, sehen wir hier ab.
- 9) In den Jahren 1970-1972 lassen sich bei den Bauinvestitionen der Rubrik „sonstige Dienstleistungen“, die als Hauptauftraggeber dieser gewerblichen Mieträume fungieren, folgende Zuwachsraten feststellen:
1970: + 12,1 %
1971: + 11,1 %
1972: + 9,8 %
- 10) Deutlich wird dies an der Verlaufsform der Bauinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes:
1970: + 20,7 %
1971: - 6,6 %
1972: - 17,5 %
1973: - 6,5 %
1974: - 18,0 %
- 11) Als Ergänzung zu den Daten des DIW, auf die wir weiter oben verwiesen haben, wurde bei dieser Betrachtung die Unterscheidung nach Auftraggebern im Wohnungsbau, wie sie in der Fachserie E, Reihe 3 des statistischen Bundesamtes enthalten ist, herangezogen.
- 12) Vgl. zu dieser Entwicklung die Angaben im Bundesbaublatt, verschiedene Jahrgänge.

Gesellschaftsgeschichte des Bauens

Dieter Hoffmann-Axthelm

DAS ABREISSBARE KLASSENBEWUSSTSEIN

Anabas-Verlag, Gießen 1975

(Rezensent: Gerburg Treusch - Dieter)

Was kann Kulturgeschichtsschreibung in praktischer Absicht heißen? Diese Frage liegt in unmittelbarer oder vermittelter Form allen bisher veröffentlichten Arbeiten Dieter Hoffmann-Axthelms zugrunde, insbesondere aber dem hier zur Debatte stehenden 1975 bei anabas, Gießen, erschienenen Buch: „Das abreissbare Klassenbewußtsein.“

Die Frage ist kein Vorwand, um den verarmten Geschichtshorizont linker Theoriebildung mehr oder minder mit Exotika zu bereichern, wie das ein Trend der Zeit zu werden scheint, sondern sie wird so ernst genommen, daß die praktische Absicht hin und wieder in Gefahr gerät, von methodologischer Vorsicht überwuchert zu werden. Doch angesichts der Situation materialistischer Denkanstrengungen in der BRD, die einerseits dogmengeschichtlich erstarrt sind, andererseits marktgerecht hastig Bilder auf alte Begriffe ziehen, ist jeder methodologische Umweg legitim, ja notwendig, sofern er sich um eine neue Zugangsweise zum Gegenstand, und um eine Neuorganisation des Gegenstandes selbst bemüht. Gegenstand des vorliegenden Buches ist der Mehringplatz in Berlin. Die Zugangsweise, von der aus sich der Gegenstand neu organisieren soll, ist der Versuch, die Gesellschaftsgeschichte dieses Platzes zu schreiben. Dieser, die Dimension der gesellschaftlichen Praxis, gleichsam die Innenseite dessen, was Kulturgeschichtsschreibung zu sein hätte, aufsprenge den Begriff der Gesellschaftsgeschichte, ist das organisierende Zentrum, von dem aus das Buch seine praktische und theoretische Problemstellung entwirft. Focus, von dem aus die Überlegungen ansetzen, zu dem sie zurückkehren, ist der Mehringplatz. Er wird nicht als Produkt sondern als Produzent von Lebensverhältnissen, von „Bewußtseinsinhalten, Verkehrsformen, Triebchicksalen“ gefaßt; durch diese Auffassungsweise werden die Ränder, die ihn gegenüber anderen Gegenständen abgrenzen, transparent, ist er in die Komplexität eines gesellschaftlichen Beziehungsgefüges gestellt, aus dessen Überschneidungen, Knotenpunkten, „Vielschichtigkeiten“ und „Mehrdeutigkeiten“ sich sein Wesen erschließt, ohne daß die konkrete Gestalt des Platzes aus dem Blickfeld gerät.

Um der methodologischen Schwierigkeit, die sich einstellt, wenn ein Gesamtzusammenhang erfaßt werden soll, ohne daß der besonderen Erscheinung dabei Abbruch geschieht, zu begegnen, entwirft der Verfasser programmatische Perspektiven einer Verbindung von marxistischer Kritik und Einzelwissenschaften, die es möglich machen sollen, den „ganzen Reichtum der Vermittlungen“ zu erhalten, sowohl der „fachlichen Natur“ des Gegenstandes seiner immanenten Eigengesetzlichkeit, wie seiner „gesellschaftlichen Anschaulichkeit“, seiner vielgestaltigen

Verflochtenheit in die Wechselwirkung gesellschaftlicher Verhältnisse, gerecht zu werden. Wie solche programmatischen Perspektiven eingelöst werden können, bleibt offen, muß offen bleiben, denn noch „befinden wir uns ... in der Phase der ersten Buchstabierung des gesuchten Zusammenhanges der Wissenschaften“ (S. 19). Ziel der Korrespondenz zwischen dem mikroskopisch gefaßten historischen Prozess, wie er am Leitfaden der konkreten Geschichte des Mehringplatzes entwickelt wird, und dem Spannungsfeld übergreifender, politisch-praktischer und erkenntnistheoretischer Überlegungen, ist es, den „Untergang“ von „Versinnlichung“, von Selbstdarstellungsfähigkeit der Gesellschaft nachzuzeichnen, und zwar wesentlich unter drei Aspekten: im didaktischen Teil wird gefragt, welche Folgen dieser Anschauungsschwund für die Erfahrungsfähigkeit der Individuen und der Gesellschaft hat, welche Aufgabe daraus für den Lehrer/Autor folgt? Der architekturtheoretische Teil versucht die Bedingungen der Möglichkeit dieses Anschauungsschwundes systematisch zu fassen, der Desintegration von Denken und Sehen auf die Spur zu kommen. Der historische Teil der, entsprechend dem inhaltlichen Aufbau des Buches, zwischen diese beiden genannten Teile eingelagert ist, holt den Prozess dieses Anschauungsschwundes in „drei unterschiedlichen“ Etappen der Kapitalbewegung ein:

- 1) Vorrevolutionäres Bürgertum bis Absolutismus. „Die Möglichkeit der Versinnlichung der Gesellschaft als ganzer“ ist gegeben, „aber mit den Mitteln einer Klasse“. Der Anschein, es handle sich „um einen Höhepunkt gesellschaftlicher Anschaulichkeit“, trägt.
- 2) Postrevolutionäres Bürgertum bis I. Weltkrieg. Gesellschaftliches Bewußtsein „ist atomisiert in das falsche Bewußtsein konkurrierender Individuen der herrschenden Klasse, deren jedes sich als letztgültige Instanz des Ganzen begreift“. Doch hält die Gesellschaft an dem Anspruch, das abstrakt Allgemeine ihres Zusammenhangs zur Anschauung bringen zu wollen, fest.
- 3) Postfaschistische Gesellschaft des Spätkapitalismus. „Die Dialektik von öffentlicher Subjektivität und privater Produktion ist kassiert, das Produktionssystem stellt nun unbestritten die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit dar, und diese Wirklichkeit ist bewußtlos und daher anschauungslos“ (S. 21).

I.

Im Rahmen eines Traktates über bürgerliche Platztypen (Piazza, Square, Place Royale), in dessen argumentativen Verlauf die Baugeschichte des Mehringplatzes (vom Rondell-Markt zum La-Belle-Alliance-Platz bis zum Mehringplatz in seiner heutigen Form) mitentfaltet wird, werden diese drei Etappen spezifiziert. Dabei ist histori-